

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

4 (11.1.1947)

# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH  
Karlsruhe, R., Lammstraße 12-14, Tel. 4051/53.  
Erscheinungsweise: 5mal wöch. Ausgaben f. Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Eberstraße 18), u. für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufhaus Schardt.

2. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, 11. Januar 1947

Nummer 4

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.  
Monat. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,20 Zustellgebühr.  
Anzeigensatz: Die 10esp. Nonp.-Zeile RM 2,-  
Ausg. Pforzheim RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

## Weiterführung der Byrnes-Politik

General Marshall wünscht vor jedem anderen diplomatischen Ziel den Weltfrieden

Washington, 10. Jan. (dena-INS) George C. Marshall, der neue amerikanische Außenminister, war, wie engere Freunde des Generals am 9. Januar mitteilten, einer der größten Freunde der Sowjetunion während des Krieges.

Byrnes als Außenminister der USA einstimmig gebilligt.  
Moskau, 10. Jan. (dena-INS) Die sowjetische Presse veröffentlichte erst am Donnerstag einen kurzen Bericht über den Rücktritt des amerikanischen Außenministers Byrnes.

Generalstabschef, nahm am 3. ds. Mts. zu den Berichten über seine angebliche Kandidatur für die Präsidentschaft in den USA Stellung.

Wie Leon Pearson, Korrespondent des INS berichtet, hat General Marshall diese Stellung nicht gewünscht. Eigentlich hatte er sich derbeauftragt in China, betreiben. Er wollte sich nur in sein Landhaus in Virginia zurückziehen.

Die Meldung, die von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass herausgegeben wurde, enthielt die Mitteilung, daß das Weiße Haus die Ernennung General George Marshalls als Nachfolger Byrnes bekanntgegeben und den Briefwechsel zwischen Byrnes und Präsident Truman veröffentlicht habe.

Er erklärte, daß die Erwählung seines Namens in diesem Zusammenhang für die große Organisation, der er angehöre, nicht gut sei. „Seit dem Beginn des Krieges habe ich mich, wenn mein Name im Zusammenhang mit einer möglichen zukünftigen politischen Karriere erwähnt wurde, geweigert, eine solche Möglichkeit in Betracht zu ziehen“, sagte Eisenhower. „Ich habe meine Meinung nicht geändert. Die Armee ist unbedingt unparteilich und national in ihrem Charakter, und jedes Gerede, das geeignet ist, diese gesunde Auffassung zu trüben, liegt nicht im Interesse der Vereinigten Staaten.“

Mit seinen 66 Jahren hatte General Marshall keinen Wunsch, in den Wahlström der sowjetisch-amerikanischen Kontroverse hineingezogen zu werden. Andererseits ist er außerordentlich befähigt, eine gemeinsame Basis des Übereinkommens zwischen sich einander gegenüberstehenden Ideen zu finden.

Byrnes hält Abschiedsansprache  
Washington, 10. Jan. (dena-INS) James F. Byrnes wird am Samstag Abend seine Abschiedsansprache als Außenminister vor dem Rat für auswärtige Angelegenheiten in Cleveland halten. Die Ansprache wird um 22 Uhr osteramerikanischer Zeit durch den New Yorker Rundfunk übertragen werden.

Mc Clark wird abgelöst  
Wien, 10. Jan. (dena) Der Oberbefehlshaber der US-Besatzungstreitkräfte in Oesterreich, General Mc Clark, erklärte, es würde ihn zwar freuen, wenn er sich nach den USA zurückbegeben könnte, doch werde seine Arbeit in Oesterreich frühestens in einigen Monaten abgeschlossen sein. General Keyes wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

General Marshall genießt in der Sowjetunion und auch in den USA Respekt. Er werde der Byrnes-Politik gegenüber Rußland folgen.

Eisenhower über angebliche Kandidatur  
Miami (Florida), 10. Jan. (dena-Reuter) General Dwight D. Eisenhower, der amerikanische

Generalstabschef, erklärte, er würde ihn zwar freuen, wenn er sich nach den USA zurückbegeben könnte, doch werde seine Arbeit in Oesterreich frühestens in einigen Monaten abgeschlossen sein. General Keyes wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

## Abrüstung abgeschlossen

Umerziehung und Ueberwachung in Deutschland bleibt langfristiges Ziel

Berlin, 10. Jan. (dena) Die Entmilitarisierung des deutschen Volkes, des „vielleicht militärischsten Volkes der Geschichte“, ist jetzt dank der engen Zusammenarbeit der vier Mächte praktisch abgeschlossen, sagte der Direktor der Abteilung für Angelegenheiten der bewaffneten Streitkräfte in der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Generalmajor W. Harper, am 9. Januar.

macht ist vollkommen abgeschlossen. Alle militärischen Organisationen, Schulen und Einrichtungen sind aufgelöst. Vermögen und Eigentum sind beschlagnahmt worden. Ebenso sind Gesetze erlassen worden, um die Wiederbelebung irgendeiner derartigen Organisation — offen oder geheim — zu verhindern. Alle halb-militärischen Organisationen, wie SS, SA, Hitlerjugend und NSKK, sind aufgelöst. Ihre Führer sind verhaftet und werden sich nach dem Entnazifizierungsgesetz zur Aburteilung stellen müssen. Alles Kriegsmaterial in der US-Zone ist in Gewahrsam genommen und in Verzeichnissen erfaßt worden. Der größere Teil dieser Ausrüstung ist zerstört worden. Was für friedliche Zwecke verwendet werden kann, ist den Zivilbehörden zum Gebrauch in der Friedenswirtschaft zur Verfügung gestellt worden.

Er fügte hinzu, daß durch die Alliierten nur noch die „langfristigen Ziele der Umerziehung und Ueberwachung zu erreichen blieben. Diese Ueberwachung wird in der US-Zone durch die Militärregierung und die Besatzungstreitkräfte durchgeführt.“

Die Entwaffnung und Auflösung der Wehr-

## Um die deutsche Not

Appell der SPD — Demokratie in verarmtem Volk schwierig

Hannover, 10. Jan. (dena-DPD) „Die plötzlich eintretende Welle strenger Kälte bringt neues Unheil über das deutsche Volk. Die SPD hält es für ihre Pflicht, auf die Gefahren und das Elend hinzuweisen, die jetzt neu entstehen“, heißt es in einem Ersuchen des Vorstandes der SPD an die zuständige alliierte Stelle, in dem um dringende Hilfe für das deutsche Volk gebeten wird.

Teil des europäischen Kontinents genau so ernst wie vor einem Jahr. Besonders schwierig sei die Lebensmittelversorgung in Deutschland, Oesterreich, Italien und Rumänien. Während die Vorratslager für die meisten Nahrungsmittel größer seien als im Vorjahr, seien die für den Export verfügbaren Getreidemengen erheblich geringer als in der Vorkriegszeit.

„Die Menschen frieren in ihren Wohnungen. Dies umso mehr, als sie mehr als mangelhaft ernährt sind. In den Krankenhäusern und in den Entbindungsheimen fehlt es an der notwendigen Kohle. Eine Ersatzlieferung an Holz sei unmöglich, da durch die großen Stromkürzungen und die Stromlieferungen ins Ausland die Sägewerke nur in beschränktem Umfang arbeiten können. Zur Lösung der Transportfrage sollten alle Hilfsmittel herangezogen werden. Dazu bittet die SPD um eine bevorzugte Lieferung von Benzin und, wenn die deutschen Fahrgelägen nicht ausreichen, um die Hilfsmittel der Armee.“

Zonen-Suchdienste zusammengeschlossen  
Berlin, 10. Jan. (dena) Vor kurzem haben sich die Suchdienste für vermißte Deutsche der sowjet., brit. und US-Zone zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, der eine Kartei von rund 16,5 Mill. Namen zur Verfügung steht.

Industrie- und Reparationsplan unverändert  
Hamburg, 10. Jan. (dena-DPD) Der Industrie- und Reparationsplan für Deutschland wird durch das Abkommen über den Zusammenschluß der brit. und amerik. Zone nicht verändert werden, erklärte am 9. Jan. ein hoher brit. Offizier. Der brit. Außenminister Bevin habe in Washington eine Stahlproduktion von jährlich elf Mill. t für Deutschland gefordert.

Deutschlands Lebensrecht  
Wiesbaden, 10. Jan. (ap) Als „Sprecher einer demokratischen Regierung um im Interesse eines wahren Friedens“ hat Stock, der neue Ministerpräsident von Hessen, die Welt um eine demokr. Gesinnung und Haltung gegenüber dem neuen Deutschland. In einem völlig verarmten Volk lasse sich eine wahrhaftige Demokratie nur schwer aufbauen. Die alliierten Regierungen möchten diesen Gesichtspunkt besonders bei der Festsetzung der Reparationen berücksichtigen.

Zonenverschmelzung ein Wendepunkt  
London, 10. Jan. (dena) „Meiner Ueberzeugung nach ist die wirtschaftliche Verschmelzung der britischen und US-Zone der Wendepunkt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands“, erklärte der britische Oberbefehlshaber für Deutschland, Sir Sholto Douglas, am 9. d. Mts. Aus verschiedenen Gründen müsse, so führte Sir Douglas aus, die Industrie in der britischen und US-Zone so bald wie möglich wieder belebt werden. Der deutsche Export sei nicht nur unerlässlich zur Bezahlung der notwendigen Einfuhren an Lebensmittel und Rohmaterialien, sondern sei auch von großer Bedeutung für die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit den fehlenden Verbrauchsgütern.

Arbeitsverpflichtung im Ruhrbergbau  
Paris, 10. Jan. (dena) Die Einführung der Arbeitsverpflichtung im Ruhrbergbau zwecks Steigerung der Kohlenförderung fordert eine Resolution, die auf der vom Weltgewerkschaftsbund einberufenen Konferenz der Kohlenfachverständigen gefaßt wurde.

Wir sind uns darüber im klaren, daß wir Reparationen leisten müssen. Wir sind aber dazu nur in der Lage, wenn unsere Wirtschaft eine gewisse Produktionsmindestbasis behält. Deutschland habe ein Recht auf Leben.

„Wer es nicht selbst gesehen hat, kann sich nicht vorstellen, wie knapp die notwendigsten Dinge des täglichen Lebens in Deutschland sind. Ich glaube, daß von jetzt an eine ständige Besserung der Lebensbedingungen in Deutschland eintreten wird. Die Kohle sei naturgemäß der Schlüssel für die Wiederbelebung der deutschen Industrie. Im Chaos der deutschen Niederlage sei die Ruhrkohlenförderung fast völlig zum Stillstand gekommen. Zur Verhütung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs hätten die Exporte an Ruhrkohle schon zweimal eingeschränkt werden müssen.“

Außerdem wird die Verstaatlichung der Ruhrzonen und ihre Unterstellung unter eine internationale Organisation von Kohlenfachverständigen, die konzentrierte Ausbeutung der ergiebigen Gruben und die Verbesserung des Lebensstandards der deutschen Bergarbeiter vorgeschlagen.

Für Friedensgarantie Deutschlands  
Wiesbaden, 10. Jan. (ap) Dr. Karl Geiler der scheidende Ministerpräsident von Hessen, forderte am 6. Januar anläßlich der Amtübergabe an seinen Nachfolger Christian Stock die Vereinigten Staaten von Europa und eine völlige wirtschaftliche Einigung Deutschlands.

Keine Aufgabe europäischer Interessen  
Cleveland, 10. Jan. (dena-Reuter) Der amerikanische Flottenminister James Forrestal erklärte am 10. Januar, daß die USA ihre Interessen oder ihren Einfluß in Europa und Asien nicht aufgeben werden. Die USA werden alles in ihrer Macht stehende tun, um den in Not Befindlichen beizustehen, aber wir können mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen uns nicht unterziehen, wir suchen die Weltetherschaft durch Wohlthätigkeit zu erlangen.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat unter dem Eindruck der bestehenden ersten Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung mit Kohlen und sonstigem Brennmaterial folgendes Telegramm an das Staatsministerium des Landes Württemberg-Baden in Stuttgart zu Händen des Herrn Ministerpräsidenten gesandt: „Kohlenversorgungslage im Stadtkreis Karlsruhe unhaltbar. Zahlreiche Haushalte haben die bisherigen Zuteilungen von Brennmaterial schon verbraucht. Haushalte ohne Gasanschluß sind damit der Kochelegenheit beraubt. Durch erneute Gas- und Stromverknappung wird die Möglichkeit der Essenszubereitung weiter eingeschränkt. Gesundheitliche Rückwirkungen unabsehbar, insbesondere in bezug auf Erhöhung der Seuchengefahr. Versorgung der Flüchtlingslager, Krankenhäuser, Kinderheime usw. mit Kohlen nur noch für Tage gesichert. Industrie und Gewerbe, darunter auch lebenswichtige, mußten schon den Betrieb einstellen; weitere

Konstitutionelle Regierung in Frankreich  
Paris, 10. Jan. (dena-INS) Am 16. Jan. wird in Versailles der erste Präsident der vierten französischen Republik von beiden Häusern Frankreichs, der Nationalversammlung und dem Rat der Republik gewählt. Mit der Wahl des Präsidenten wird Frankreich zum ersten Male seit Juni 1940 wieder eine konstitutionelle Regierung haben.

## Aus aller Welt

Französischer Appell an Montgomery  
Paris, 10. Jan. (dena-Reuter) „Die Vereinigung ehemaliger französischer Veteranen (Franc-tireurs und Partisans)“ appellierte am Donnerstag in einem Brief an den Chef des britischen Empire-Generalstabes, Feldmarschall Montgomery, sich zugunsten einer größeren Ruhrkohlenzuteilung für Frankreich einzusetzen.

Paris. Auf Grund der Lage in Französisch-Indochina gab das französische Kriegsministerium einen Befehl heraus, wonach alle in Frankreich stationierten Kampftruppen mit dem möglichen Einsatz in Indochina zu rechnen haben. (dena-Reuter)  
Rom. Oppositionelle Mitglieder der italienischen Sozialistenpartei beschlossen am 4. d. Mts. in Geheimabstimmung unter dem Vorsitz des Präsidenten der versammelnden Versammlung, Giuseppe Saragat, wenige Stunden vor dem Parteitag der Sozialisten mit der kommunistischen Fraktion der Parteivorstände und Außenministers Pietro Nenni zu brechen und eine unabhängige italienische Sozialistenpartei zu gründen. (ap)  
Athen. Nach Zeitungsmeldungen sind am 9. d. Mts. im nördlichen Thrazien, in der Nähe der bulgarischen und türkischen Grenze, schwere Kämpfe ausgebrochen. (ap)

In dem Brief wird die Bedeutung der Ruhrkohle für Frankreich hervorgehoben und gegen die geringen Mengen der gegenwärtigen Lieferungen Protest erhoben. Gleichzeitig warnt die Vereinigung vor einer Wiedergeburt der deutschen Kriegsindustrie und schreibt: „Wir sehen mit Unruhe das Wiedererstehen eines Deutschlands mit einer Kriegsindustrie, das den Frieden in Zukunft wieder gefährden könnte.“

## Letzte Neuigkeiten

Hauptziel Kohlenförderung  
Hamburg, 10. Jan. (dena-DPD) „Unser Hauptziel ist es, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um die Kohlenförderung in Deutschland zu erhöhen“, erklärte Luftmarschall Sir Sholto Douglas, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen in der britischen Zone.

Einwöchige Betriebsruhe in Württemberg-Baden  
Stuttgart, 11. Jan. (dena) Für sämtliche Stromverbraucher in Württemberg-Baden mit einem Anschlußwert von 10 Kilowatt und mehr — Industriebetriebe, Handel und Gewerbe — wird, wie das württembergische Wirtschaftsministerium, Abteilung Landeswirtschaftsamt, mitteilte, für die Woche vom 13. bis 18. Januar völlige Betriebsruhe angeordnet. Diese Maßnahme wurde im Rahmen weiterer Verbrauchseinsparungen notwendig, da die verringerte Ausnutzungsmöglichkeit der Wasserkraft infolge Vereisung sowie der empfindlichen Kohlenmangel größte Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Strom und Gas verursachen.

Zur Frage der Verstaatlichung der deutschen Schlüsselindustrien erklärte Douglas, daß die bereits angekündigte Ernennung deutscher Treuhänder der erste Schritt zur Regelung der künftigen Besitzverhältnisse der Grundindustrien sei.

Wie das Landeswirtschaftsamt des württemberg-badischen Wirtschaftsministeriums ergänzend mitteilt, sind von der angeordneten Betriebsruhe folgende Maßnahmen vorgesehen: 1. Öffentliche Versorgungsbetriebe, Elektrizitätswerke, Wasserwerke und Entwässerung. 2. Krankenhäuser. 3. Lebensmittelhersteller sowie Lebensmittel verarbeitende Industrie- und Gewerbebetriebe. 4. Post, Telefon und Rundfunk. 5. Eisenbahn, Straßenbahn, Hafen- und Verladeanlagen. 6. Druckereien.

Für Abbau der Zölle  
Washington, 10. Jan. (dena) „Wir können hoffen“, erklärte Truman vor dem Kongreß, „daß auf Grund unserer eigenen Zugeständnisse in bezug auf die Handelsbeschränkungen nicht nur eine allgemeine Herabsetzung der Auslandszölle und eine Aufhebung der unterschiedlichen Behandlung erfolgen, sondern auch eine Begrenzung der unzulässigen Handelsbeschränkungen herbeigeführt wird, die unseren Zutritt zu den Auslandsmärkten verhindern.“

Während der 97. Zuteilungsperiode werden an Personen, die keine Winterkartoffeln einkellern konnten, Trockenkartoffeln aus Beständen der US-Armee ausgegeben. Infolge der wirtschaftlichen Angleichung zwischen der britischen und der US-Zone können in Zukunft höchstens noch 250 g Fett pro Periode zur Ausgabe gelangen.

Amerika dürfe nicht verfehlen, seinen Beitrag zur Schaffung einer gesünderen Grundlage der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu leisten.

In Zukunft weniger Fett  
Stuttgart, 11. Jan. (dena) Während der 97. Zuteilungsperiode werden an Personen, die keine Winterkartoffeln einkellern konnten, Trockenkartoffeln aus Beständen der US-Armee ausgegeben. Infolge der wirtschaftlichen Angleichung zwischen der britischen und der US-Zone können in Zukunft höchstens noch 250 g Fett pro Periode zur Ausgabe gelangen.

Chinesische Friedensbemühungen  
Nanking, 10. Jan. (dena-Reuter) Der chinesische Informationsminister gab am 9. d. Mts. eine Erklärung heraus, wonach dem kommunistischen Hauptquartier in Yuennan die Diskussion eines vollständigen Plans zur Beilegung der Feindseligkeiten und zur Reorganisation der Regierung angeboten wird.

## KURZ BELEUCHTET

Umsturzversuch in Ungarn  
Budapest, 10. Jan. (ap) Der ungarische kommunistische Innenminister Laszlo Rajk gab am 4. ds. Mts. bekannt, daß im Zusammenhang mit einem Umsturzversuch zur „gewaltsamen Uebernahme der Macht“ in Ungarn 55 Personen verhaftet worden seien. Sie wollten durch einen „bewaffneten militärischen Aufstand die Wiedererrichtung des Horthy-Regimes“ herbeiführen.

Ein Notruf Karlsruhes an die württembergisch-badische Regierung ist erfolgt. Wenn diese Stadt, unsere Stadt, die in den nunmehr fast vergangenen zwei Jahren seit dem Zusammenbruch mit aller Energie die brennenden Probleme unserer Notzeit klar erkannt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bewältigen gesucht hat, einen Appell von größter Dringlichkeit nach Stuttgart richtet, so liegt klar, daß kein anderer Weg blieb. Dieser Notruf erfolgt aus einer Situation heraus, die seit langem äußerst schwierig ist und Städte wie — um in unserem Bereich zu bleiben — Heidelberg und Mannheim gleichfalls zu Vorstellungen in Stuttgart veranlaßt; er erfolgt unter Umständen, die soeben in Württemberg-Baden zu einer einwöchigen Betriebsruhe nötigen, von der nur die lebenswichtigsten Betriebe ausgenommen werden können. Was sich hier widerspiegelt ist keine Karlsruher, keine württembergisch-badische Notlage allein, sondern eine gesamtdeutsche, wobei allenfalls Gradunterschiede vorliegen. Kohle und Strom — der Mangel an beiden ist die Ursache dieser Not, die sich in bedrohlichem Maße in diesen Tagen der Kälte ausprägen mußte, die Produktion behindert, Zufuhren erschwert, Wasserkräfte mehr oder weniger stark lahm legte. Es ist die Not des Winters, die wir alle kommen sahen und die angesichts des erwähnten Mangels während des ganzen Winters nicht radikal wird beseitigt, sondern nur gemildert werden können, nur soweit wird gehoben werden können, daß sie uns das Ueberstehen des Winters unter einigermaßen erträglichen Bedingungen gestattet.



Reparationspflichten der Achsenfreunde (Zeichnung: Speitz)

## Notruf Karlsruhes

Dringender Appell an das württemberg.-badische Staatsministerium

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat unter dem Eindruck der bestehenden ersten Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung mit Kohlen und sonstigem Brennmaterial folgendes Telegramm an das Staatsministerium des Landes Württemberg-Baden in Stuttgart zu Händen des Herrn Ministerpräsidenten gesandt: „Kohlenversorgungslage im Stadtkreis Karlsruhe unhaltbar. Zahlreiche Haushalte haben die bisherigen Zuteilungen von Brennmaterial schon verbraucht. Haushalte ohne Gasanschluß sind damit der Kochelegenheit beraubt. Durch erneute Gas- und Stromverknappung wird die Möglichkeit der Essenszubereitung weiter eingeschränkt. Gesundheitliche Rückwirkungen unabsehbar, insbesondere in bezug auf Erhöhung der Seuchengefahr. Versorgung der Flüchtlingslager, Krankenhäuser, Kinderheime usw. mit Kohlen nur noch für Tage gesichert. Industrie und Gewerbe, darunter auch lebenswichtige, mußten schon den Betrieb einstellen; weitere

Stillelegungen stehen bevor. Schulen geschlossen, Behörden z. T. schon jetzt ohne Heizmaterial. Schließung der Theater, Kinos und sonstigen Vergnügungsstätten steht bevor. Sofortige Hilfe zur Abwendung eines Notstandes ist erforderlich. Erbitten dringend Briefs für Hausbrand, Kohlen für Krankenhäuser und für den bedrohten Gaswerksbetrieb.“

I. V.: gez. Heurich, 1. Bürgermeister.

Starke Kürzung der Kohlenzuteilung  
Düsseldorf, 10. Jan. (dena-DPD) Insgesamt 345 000 t Kohle und eine Reserve von 20 000 t müssen zusätzlich für die Eisenbahnen, Seehäfen, Hochseefischerei und Hausbrandversorgung der britischen Zone aufgebracht werden. Die für die gesamte Zone vorgesehene Kohlenzuteilung beträgt im Januar nach wie vor 2,7 Mill. t.









